

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 8

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Eine neue Version der Vorgänge, die zum gegenwärtigen geographischen *status quo* in Deutschland geführt haben, veröffentlichte *Albert L. Warner* in der stark verbreiteten Wochenzeitschrift «*Saturday Evening Post*» (Philadelphia) vom 2. August, unter der Überschrift «*Our Secret Deal over Germany*».

Auf der Moskauer Konferenz war 1943 die Planung für das Nachkriegsdeutschland einem European Advisory Committee (EAC) übertragen worden, in dem der verträumte Amerikaner Winant, der über Washington vom Working Security Committee (WSC) beraten werden sollte, der diplomatische Russe Gusev und der Engländer Sir Strang saßen. Im Dezember 1943 begannen sie ihre Arbeit in London. — Im Januar 1944 schlug das britische Foreign Office, ohne vorherige Beratung mit den Amerikanern, eine Einteilung der Besatzungszonen vor, die im wesentlichen mit der heutigen Regelung identisch ist. Ihr geistiger Vater war Churchill, der, infolge Überschätzung der deutschen militärischen Stärke, glaubte, daß diese Demarkationslinien den westlichen Alliierten von Vorteil sein könnten. Bis zur Konferenz von Quebec im September 1944 entwickelte sich nun ein lebhaftes Tauziehen zwischen Briten und Amerikanern um die Frage, wer Nordwestdeutschland besetzen sollte. Roosevelt, der die Engländer bezichtigte, die deutsche Industrie einstecken zu wollen, ignorierte indessen die östliche Demarkationslinie völlig. Gleichzeitig übergaben die Vereinigten Stabschefs dem WSC ein Memorandum, in dem sie eine ganz andere Regelung vorgesehen hatten: Die Grenze sollte von Rostock nach Berlin und von dort über Leipzig an die tschechoslowakische Grenze geführt werden. Dieses Memorandum wurde im State Department kühl aufgenommen und ohne Empfehlung an Winant geleitet. Dort meinte man jedoch, daß die Russen, die wenige Tage zuvor dem britischen Vorschlag zugestimmt hatten, dem neuen Vorschlag nicht nachgeben würden, ohne daß die diplomatische Harmonie ernsthaft gestört würde — und wischte den neuen Plan unter den Tisch. Während der Verhandlungen stand Winant ständig mit dem «Weißes Haus» in Verbindung; die Besatzungsverteilung war Roosevelts Angelegenheit. Der Präsident stimmte ebenfalls dem britischen Vorschlag zu und Winant bemühte sich nicht einmal mehr um einen Korridor nach Berlin.

Auf der Konferenz von Yalta im Februar 1945 wurden die Demarkationslinien endgültig besiegelt. Die Amerikaner verhandelten wohl noch mit den Briten über die Zufahrt zu ihrer Enklave Bremerhafen und verlangten eine schriftliche Abmachung. Aber niemand dachte daran, eine schriftliche Abmachung mit den Russen über den Zugang nach Berlin zu treffen. — Diese Zoneneinteilung veranlaßte schließlich Eisenhower, auf die Eroberung Berlins durch die westlichen Alliierten zu verzichten. Der General weigerte sich auch nach Kriegsende, dem Verlangen Churchills nachzugeben und die westlichen Truppen so lange an ihren Standorten zu halten, bis die Sowjets ihre Nachkriegshaltung geklärt haben würden. Bereits im Juni 1945, auf einer provisorischen Sitzung des Kontrollrates in Berlin, forderten die Russen den Rückzug der westlichen Truppen innerhalb von 24 Stunden! Wiederum wurde die Gelegenheit verpaßt, so mußte General Clay, der damals Verantwortliche, später zugeben, Abmachungen über den Zugang nach Berlin zu treffen.

McCloy hat der «*Saturday Evening Post*» gegenüber zu diesen Unterlassungen bemerkt: «Eine ganze Reihe von Leuten hätten damals daran denken müssen... Wenn jemand daran dachte, so hat er jedenfalls nichts darüber laut werden lassen... Ich wünschte, ich hätte daran gedacht und mich darum gekümmert, auch wenn es nicht in meine Kompetenz fiel. Das gleiche kann von jenen gesagt werden, die

in irgendeiner Weise mit der Lage unserer Truppen in Europa verwickelt waren, und ich schließe den Präsidenten ein, den Generalstab, Eisenhower, Clay, Sommerwell, den Staatssekretär ...».

In der *«New York Times»* und im *«Manchester Guardian»* erschienene Artikel geben ein interessantes Bild der *Roten Strategie*¹⁾. Politische Taktik und Strategie sind, nach einem Artikel von J. Petrow im Komsomol-Organ *«Molodoj Kommunist»*, für die Arbeiterbewegung nicht weniger notwendig gewesen als für die Armee, denn der Kampf des Proletariates zum Sturze der bourgeoisen Macht ist ebenfalls ein Krieg, der sich von den meisten erbitterten Kämpfen zwischen den einzelnen Staaten nur dadurch unterscheidet, daß er schwieriger und komplizierter ist und längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes von 1939 zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird als ein Schulbeispiel dieser Strategie, als eine vorbildliche Illustration der *«Stärke und Vitalität der stalinistischen politischen Strategie und Taktik»* bezeichnet. Durch die richtige Auswertung des Antagonismus im imperialistischen Lager gelang es der Sowjetunion, die USA und Großbritannien in eine Lage hineinzumanövrieren, in der sie eine Dreimächtekoalition als unvermeidbar vorfanden.

Wegen seines Buches *«Die bürgerlichen Geschichtsfälscher»* (1919—1939) ist in der Sowjetunion der Historiker B. E. Stein in Ungnade gefallen und hat den ehemaligen Botschafter in London, Majskij, mitgerissen. Stein hielt sich an die wirklichen Tatsachen und verschmähte die Entstellung der Wahrheit, die heute in der Sowjetunion als Geschichte gilt. Nach Ansicht des *«Bolschewik»*, des theoretischen Organs der russischen kommunistischen Partei, liegen unwiderlegliche Beweise dafür vor, daß die USA Hitlers Angriffsabsichten unterstützten. Aber Stein, in sträflicher Mißachtung unwiderleglicher Beweise, behauptet in seinem Buch mit der ehernen Stirn des Historikers, *«das vorhandene Tatsachenmaterial reicht zur Bestätigung der offiziellen Auffassung der sowjetischen Propagandisten nicht aus»*. Die Kritik im *«Bolschewik»* wurde von der Akademie der Wissenschaften sehr ernst genommen, deren Präsidium Steins Buch für *«ein gefährliches Machwerk»* erklärte, das die geschichtliche Wahrheit grob entstellt. Das Präsidium beschloß ferner, radikale Maßnahmen zu treffen, um die Manuskripte vor ihrer Freigabe zur Veröffentlichung zu verbessern.

Was die Sowjets über *«Kriegswissenschaft»* und *«Kriegskunst»* zu sagen haben, ist unter diesen Stichworten im 8. Band der kürzlich erschienenen Neuausgabe der *«Großen Sowjetenzyklopädie»* ersichtlich. Stalin schuf ein neues System der Kriegswissenschaft, das alle, auch die kompliziertesten Gesichtspunkte des modernen Krieges, umfaßt. Nach Stalins Ansicht liegt das strategische Hauptproblem stets darin, die Richtung zu bestimmen, in der, unter Zusammenfassung aller Kräfte, der entscheidende Schlag zu führen ist und den richtigen Zeitpunkt für diesen Schlag zu wählen. Eine der wichtigsten Lehren ist Stalins Theorie der konstanten Kriegsfaktoren, wonach der Ausgang des Krieges nicht durch das Überraschungsmoment und andere sekundäre Faktoren entschieden wird, sondern durch konstante Faktoren, wie die Widerstandskraft der Heimatfront, die Moral der Armee, die Anzahl und Qualität der Divisionen, die Bewaffnung der Truppe und die organisatorischen Fähigkeiten der Truppenführung. Die *«Große Sowjetenzyklopädie»* hebt

¹⁾ Flexibility Given as Red Party Line (Biegsamkeit — die rote Parteilinie), The New York Times, New York, 6. September 1952. — Soviet Historians in Trouble (Sowjetische Geschichtsschreiber in Schwierigkeiten), The Manchester Guardian, Manchester, 25. August 1952. — Marxism on the Battlefield (Der Marxismus auf dem Schlachtfeld), The Manchester Guardian, Manchester, 2. September 1952.

hervor, daß sich die Kriegskunst der Sowjetunion im letzten Krieg der strategischen Führung der Deutschen, Engländer und Amerikaner als weit überlegen erwiesen habe. England und die USA hätten vor allem den Fehler gemacht, lediglich Operationen mit beschränktem Ziel anzustreben, die obendrein in Planung und Durchführung die erforderliche Entschlossenheit vermissen ließen. Die Schwächen der amerikanischen Kriegskunst seien im Verlaufe der amerikanischen Intervention in Korea 1950 noch stärker als zuvor in Erscheinung getreten. Der aggressive Charakter und die Ungerechtigkeit des von den amerikanischen Imperialisten in Korea entfesselten Krieges habe sich auf die Kampfmoral der Interventionisten derart ungünstig ausgewirkt, daß es ihnen, trotz guter Ausrüstung, nicht möglich sei, die Armee des freiheitsliebenden koreanischen Volkes zu bezwingen.

Auf Grund einer sorgfältigen Überprüfung der ökonomischen Lage Frankreichs stellt *M. E. Servan-Schreiber* in *«Les Echos»* vom 15. Oktober interessante Überlegungen an. Ohne das Gegenteil der Politik Pinays zu behaupten, scheint es ihm möglich, die heute geltende These der Deflation mit einer Investierungspolitik auf lange Sicht zu vereinigen, wodurch der Wirtschaft des Landes neue Impulse gegeben würden. Nach Ansicht des Verfassers lebt man in Frankreich, nachdem der Staat den «plafond» gesprengt hat, überhaupt ohne «plafond», in Erwartung eines Zyklons, der seltsamerweise noch nicht gekommen ist. Es fehlte wenig, daß der Franken auf Null gesunken wäre. Er hat bei einem halben Goldcentime Halt gemacht. Es liegt kein Grund vor, Fahnen zu hissen, aber sehr viele halbe Centimes können noch eine große Summe bilden. Inzwischen befinden wir uns in einer Periode niedrigsten Wasserstandes, so daß wir, finanziell gesehen, nicht nur einen «plafond», sondern auch einen Fußboden benötigen. Das Staatsschiff ist nicht in Ordnung. Dies ist ein untrüglicher Beweis für eine schlafende Wirtschaft. Der Wiederaufbauminister, Claudius-Petit, hat selbst festgestellt: «Das Tempo des französischen Wiederaufbaus ist einer großen Nation unwürdig. Wir müssen unbedingt die Stufe der anderen Staaten erreichen, die sich bisweilen in einer schlechteren Lage befinden wie wir». Die von Pinay erstrebte Deflation, d. h. die Ordnung der Finanzen und die Einschränkung der Ausgaben — so notwendig diese auch immer sein mögen — bilden eine wirtschaftliche Bremse. Es würde nichts nützen, solides Geld zu haben, wenn dessen Wirkungskraft so stark abnehmen würde, als dessen Sicherheit zugenommen hat. Man muß infolgedessen die Wirtschaft durch ein System von Investitionen beleben, die Verkäufe auf lange Sicht bezwecken. Die bis jetzt in Frankreich fast unbekannten Verkäufe auf Kredit könnten das gesuchte Heilmittel für eine in gefährlichem Maße rückständige Wirtschaft bilden.

Roger Priouret nimmt in der gemäßigten *«Tribune de Saint-Etienne»* vom 15. Oktober mit folgenden Worten Stellung zur neulichen Rede de Gaulles im Conseil national des R.P.F.: «Nie war de Gaulle dem Nationalsozialismus so nahe wie in dieser Rede. Das kapitalistische System denunzieren, ohne den Sozialismus zu wollen, die parlamentarische Regierung denunzieren, ohne etwas anderes zu bieten — das waren die Ideen des Nationalsozialismus bei dessen Entstehung». Der Autor ist der Ansicht, daß die systematischen Verwünschungen der «Nutznießer des Regimes» durch de Gaulle einen mythischen Charakter annehmen.

Wie weit ist die Errichtung der europäischen Einheit schon gediehen? Diese Frage will der Verfasser der Kommentare *«Acta Diurna»* des *Osservatore Romano* vom 9. Oktober, welcher mit den Initialen G. L. B. zeichnet, in einem Artikel *«Kleineuropa und Europa»* beantworten. Kleineuropa besteht aus der Versammlung der Kohlen- und Stahlgemeinschaft und aus der ad hoc damit beauftragten

Versammlung, die europäische «Konstituante» zu bilden. Beide haben ihren Sitz in Straßburg. Nachdem der Autor die Beschaffung und das wechselseitige Funktionieren der genannten Versammlungen charakterisiert hat, macht er sich zum Sprachrohr der von manchen geäußerten Befürchtungen, wonach dieser ganze Komplex von Organismen und Einrichtungen dazu geeignet sein könnte, die öffentliche Meinung zu entmutigen. Um so mehr, wenn man bedenkt, daß man diese Meinung benötigen wird, wenn es sich darum handeln wird, gewissen Schwierigkeiten psychologischer Art zu begegnen, so z. B. die Einschränkung der nationalen Souveränität zu Gunsten eines übernationalen Gebildes. Dazu kommt die Furcht, daß der Gegensatz zwischen Kleineuropa und dem anderen Europa, das von der Versammlung des Europarates dargestellt wird, sich durch die in den genannten Gebilden entstandenen neuen Beziehungen verschärft hat. Der Verfasser glaubt, daß sich zwei Hauptmotive für eine Verschmelzung beider Versammlungen ergeben. Die sechs Länder Kleineuropas (Frankreich, Deutschland, Italien und die Beneluxstaaten) fahren in ihren Gleichgewichtsbestrebungen fort, welche nicht nur für Deutschland und Frankreich gelten — wenn auch dieser Aspekt der augenfälligste ist —, sondern sich ebenfalls in der politischen Führung der Beneluxländer offenbaren und den Wunsch enthalten, auch England einzubeziehen. Das andere Motiv besteht darin, daß Kleineuropa der Kern zu einer größeren Länderkonzentration oder eine Etappe eines weit umfangreicheren Prozesses werden soll.

Die Prophezeiung Stalins, wonach der dritte Weltkrieg von den kapitalistischen Staaten ausgetragen werden soll, d. h. von den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Westeuropa, stellt für *Santi Savarino*, dem Direktor des «*Giornale d'Italia*», ein neues Anzeichen für den Kurswechsel der moskowitischen Diplomatie dar, welche darauf ausgeht, die gegnerischen Kräfte zu verwirren und zu schwächen und die USA von ihren Verbündeten zu isolieren. Im Leitartikel «*Der lachende Dritte*» vom 12. Oktober widerlegt der hervorragende Journalist die Behauptung gewisser Leute, nach denen Stalin zur marxistischen Orthodoxie zurückgekehrt sei, was einer Preisgabe der eigenen Politik gleichkäme. Der Zweck, nämlich die demokratischen Kräfte zu spalten, geht aus einigen symptomatischen Tatsachen klar hervor: so die Abberufung Kennans, die Desavouierung von Marty und Tillon, die Auslösung der Offensive in Korea, der Wunsch eines Sieges Eisenhowers in den Präsidentschaftswahlen, weil dieser eine Verlangsamung der Europahilfe mit sich bringen könnte. Warum erklärt denn Malenkow, im Gegensatz zur Stalinschen These, daß Rußland seine militärischen Anstrengungen nicht vermindern dürfe? «Weil», so antwortet der Verfasser, «der Kreml davon träumt, im erwünschten und unvermeidlichen Konflikt der lachende Dritte zu sein». Aber dieser Konflikt ist schwer zu verwirklichen, erstens weil die westlichen Länder nicht so unvernünftig sein werden, und zweitens, weil sie sowohl wirtschaftlich wie militärisch dazu zu schwach sind. So wird sich Stalin damit abfinden müssen, falls er einen Konflikt will, den Preis dafür selbst zu bezahlen.

In betontem Gegensatz zu der landläufigen Auffassung, wonach der Abbau der zwischenstaatlichen Handelshemmnisse das vornehmste Erfordernis für ein Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaft sei, sieht der Bonner Berichterstatter des Londoner «Observer», *Richard Loewenthal*, in seinem Leitartikel «*Vom Sinn und Unsinn der Wirtschaftseinheit*» («*Der Monat*», Heft 47) nicht in der herrschenden nationalen Zersplitterung den Hauptgrund, warum Westeuropa seine ökonomische Weltstellung verloren hat, sondern in der auf die Dauer unhaltbaren Form der heutigen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. In den Zeiten eines schwind-süchtigen West-Ost-Handels und der wachsenden Industrialisierung der Erde gehe es darum, an die Stelle der vorhandenen Abhängigkeit Westeuropas von übersee-

ischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln ein neues Gleichgewicht dieser weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu setzen. Dazu gehöre die planmäßige Steigerung der westeuropäischen Lebensmittelproduktion, die chemische Erzeugung von Textilfasern, Kunststoffen und Gummi und der Ausbau spezialisierter Maschinenindustrien, nach schweizerischem und schwedischem Muster. Nur so sei die Abhängigkeit vom Handel mit außereuropäischen Gebieten zu verringern. Die volle Konvertierbarkeit der nationalen Währungen gegeneinander wäre ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Integration Europas. Er würde uns von der modernen Technik der Devisenkontrolle befreien können. Indessen dürfte nicht die Institution der europäischen Währung, sondern die Einigung über eine gemeinsam zu verfolgende Politik an der Spitze stehen. Dieser Primat allgemeiner Richtlinien gelte gleichermaßen auf allen anderen Gebieten, wo die Beseitigung nationaler Wirtschaftsschranken im europäischen Interesse Früchte tragen soll. Der Weg des Schumanplanes, zunächst ein zentrales Vetorecht gegen unrationelle Investitionen spielen zu lassen und dann auf dieser Grundlage den gemeinsamen Markt herzustellen, sei tatsächlich die einzig brauchbare Methode. Die entscheidende Strukturerscheinung des heutigen Westeuropas sei in der Zergliederung seiner Staaten über zwei scharf voneinander geschiedene Gruppen zu finden: den Ländern mit bewußtem Festhalten an der Devisenkontrolle als Instrument der Vollbeschäftigung ständen diejenigen mit konvertierbaren Goldwährungen gegenüber. Die Synthese läge in der Einigung über konforme Grundsätze der Kreditpolitik und der Investitionslenkung. «Europa kann die Probleme seiner wirtschaftlichen Anpassung an die Welt von heute» — so schließt Loewenthal seine gedankenreiche Arbeit — «nicht lösen, wenn es die wirklichen Lebensprobleme in irrelevanter Einheitsrhetorik ertränkt».

Die «*Deutsche Zeitung*» (Stuttgart) veröffentlichte in Nr. 76 die Ergebnisse einer Untersuchung, die sich auf elf ihrer Art nach verschiedene Aktiengesellschaften erstreckte, zwecks Feststellung der tatsächlichen *Verwendung der Bruttobetriebsgewinne*. Am Bruttogewinn, verstanden als ausgewiesener Rohertrag, abzüglich der gezahlten Löhne und Gehälter, partizipiert mit nicht weniger als 43,2 % der *Staat*. Nicht eingerechnet sind dabei die Lohn- und Einkommenssteuern von den Lohn- und Gehaltsempfängern, die 25 % betragende Kapitalertragssteuer und die Einkommenssteuer auf den Dividenden. Der Anteil der *Dividenden* dagegen ist mit 3,2 % 13½mal kleiner als derjenige des Staates. Daß ein solches Verhältnis die angestrebte Wiederbelebung des Kapitalmarktes und die Verbreiterung der Vertrauensbasis in die Anlagemöglichkeiten von Industriewerten erschweren muß, ist selbstverständlich. Man muß dabei nur das Beispiel der USA zum Vergleiche heranziehen, wo sich der als Dividende ausgeschüttete Gewinn und das Steueraufkommen der Betriebe etwa die Waage halten.

Außerordentlich gering ist der *Betriebsanteil* am Bruttogewinn, besonders wenn man berücksichtigt, daß von den errechneten 18,7 % weitaus der größte Teil auf Zinsen, Amortisationen und Rückstellungen für den kommenden Lastenausgleich fallen. Die Untersuchung führt das Stocken des Wiederaufbaues zum großen Teil auf die nicht mehr ausreichende Selbstfinanzierung zurück, so daß im Falle eines Abbaues der Steuerlast die auftretenden Engpässe überwunden werden könnten. — Angesichts dieser prekären Lage muß es überraschen, daß der Anteil der Arbeitnehmer in Form von *Sozialleistungen* mit 18,7 % außerordentlich hoch ist. Die Aufwendungen sind *sechsmal größer* als jene für die Aktionäre, was angesichts des Überangebotes an Arbeitskräften und des in die Augen springenden Kapitalmangels nicht verstanden werden kann. Jedenfalls zeigt die Untersuchung, daß auch in Deutschland der Staat der raschen Wirtschaftsgesundung im Wege steht und damit ungewollt politischen Extremen Nahrung verschafft.